

Weserkurier  
- Sabine Doll -  
Martinistraße 43

28195 Bremen

**Geschäftsstelle**  
Waller Heerstraße 193  
28219 Bremen  
Fon: 0421 47 877-112  
Fax: 0421 47 877-193  
[gs@dgsp-bremen.de](mailto:gs@dgsp-bremen.de)  
[www.dgsp-bremen.de](http://www.dgsp-bremen.de)

Bremen, den 11.11.2019

## **Stellungnahme der DGSP zur Gefährdung des Rückzugshauses in Bremen Walle**

Die Krankenkassen haben die seit Jahren bestehenden Verträge zum 31.12.2019 mit dem von der GAPSY (Gesellschaft für ambulante psychiatrische Dienste) unterhaltenen Rückzugshaus für psychisch Erkrankte gekündigt. Wenn überhaupt ein neuer Vertrag zustande kommen sollte, verlangen die Krankenkassen erheblich reduzierte Kostensätze, die den Bestand akut in Frage stellen.

Das Rückzugshaus ist eine seit Jahren niederschwellig arbeitende Einrichtung für Menschen, die in akuten, schweren psychischen Krisensituationen auf ein teilstationäres, wohnortnahes Versorgungsangebot zurückgreifen können. Nachweislich konnten viele Klinikeinweisungen dadurch vermieden werden.

Das Rückzugshaus bietet zwischen 17:00 und 9:00 am Folgetag Hilfe, Schutz und Unterkunft (8 Plätze), Gespräche und bei Bedarf auch ärztliche Beratung. Die Einrichtung wird in Fachkreisen bundesweit als sehr innovativ geschätzt und gilt als Modell.

Die politischen Gremien in Bremen haben in der letzten Legislaturperiode einstimmig sehr konkrete Vorschläge zur Reform der Versorgung psychisch Erkrankter gemacht. Grundsätze waren Ambulantisierung und Abbau von stationären Behandlungsplätzen, Verlagerung der Behandlung in die Regionen der Stadt, Einbeziehung der Lebenswelten der Erkrankten, Einbeziehung der an der Therapie und Betreuung beteiligten Berufsgruppen und freien Träger i.S. der Bildung gemeindepsychiatrischer Verbände nach dem Vorbild anderer Bundesländer.

Nun haben die Krankenkassen offensichtlich andere Vorstellungen:

- Einsparungen – die Rückzugsräume sind ihnen zu teuer (?), es fehlt die Nutzungskontrolle
- Reduzierung der Kapazitäten, des betreuenden Personals
- Ausschluss der ärztlich-fachlichen Beratung
- Zentralisierung von Dienstleistungen (Krisentelefon, Sozialpsychiatr. Dienst usw.)



Stattdessen besteht der Eindruck, dass die Krankenkassen mehr Kontrolle und Steuerung über das therapeutische Geschehen haben wollen. Sie planen Verträge mit Hausärzt\*innen, damit diese gg. gegen gesondertes Honorar ihre Patient\*innen mit entsprechenden Diagnosen an eine Telefon-Hotline übergeben. Dort soll psychiatrisches Fachpersonal im Tel.-Gespräch mit den Erkrankten den Behandlungsbedarf und die rationellste Behandlung festlegen und vermitteln. Dafür nehmen sie auch mehr Einweisungen in die Psychiatrischen Kliniken in Kauf.

Wir als DGSP -Bremen halten dieses Konzept für absolut ungeeignet - besonders für Menschen in psychischen Krisensituationen. Es widerspricht nicht nur den o.g. Vorstellungen der politischen und der Fachgremien. Es widerspricht auch absolut den Bedürfnissen der Erkrankten nach vertrauensvoller Betreuung durch möglichst eine konstante Bezugsperson und ggf. eines multiprofessionellen Teams.

Stattdessen wird ein honorargetriebenes, nach wirtschaftlichem Kalkül geleitetes, kontaktfreudliches Modell voran getrieben.

Die DGSP fordert von Politik und Krankenkassen nicht nur die Erhaltung des Rückzugshauses sondern eine zeitnahe Umsetzung des allseits angestimmten **Strategiepapiers Psychiatriereform**, das von der damaligen Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt am 30.01.2019 vorgelegt wurde.

Sven Bechtolf  
- Vorstand -

PS:

In diesem Zusammenhang weisen wir auf die Homepage

- <https://rettet-das-rueckzugshaus.de/> -

hin.

Über die Homepage können zwei Petitionen gezeichnet werden um den Erhalt des Rückzugshauses zu unterstützen